



**Antrag auf Leistungen für Entschädigungsberechtigte nach dem Vierzehnten Buch  
Sozialgesetzbuch (SGB XIV)**

**Gewalttaten §§ 13, 14 SGB XIV**

Name/Adresse der Versorgungsbehörde  Landratsamt Konstanz Amt für Gesundheit und Versorgung Soziales Entschädigungsrecht Scheffelstraße 15 78315 Radolfzell	Bitte Feld freilassen für Eingangsvermerk der Behörde
---	---

**Art des Antrags**

- |   |
|---|
| <input type="checkbox"/> Erstantrag als geschädigte Person    |
| <input type="checkbox"/> Erstantrag als hinterbliebene Person |

**Beantragende Person**

- |  |
|--|
| <input type="checkbox"/> Ich für mich selbst                       |
| <input type="checkbox"/> Ich für mein Kind                         |
| <input type="checkbox"/> Als Betreuerin oder Betreuer              |
| <input type="checkbox"/> Als Bevollmächtigte oder Bevollmächtigter |
| <input type="checkbox"/> Sonstige:                                 |

**Angaben zur geschädigten Person**

Familienname	Vorname		
Geburtsdatum	Geburtsort		
Geschlecht	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> divers		
Straße	Hausnummer	Postleitzahl	Ort
Land (falls nicht Deutschland)			
Telefonnummer	E-Mail-Adresse		
Staatsangehörigkeit			



**Angaben zur Betreuungsperson oder bevollmächtigten Person**

Familienname	Vorname		
Name des Unternehmens, Vereins oder einer sonstigen Organisation, in der die Betreuungstätigkeit ausgeübt wird			
Beziehung zur antragstellenden Person			
Straße	Hausnummer	Postleitzahl	Ort
Postfach	Land (falls nicht Deutschland)		
Telefonnummer	E-Mail-Adresse		

**Angaben zur antragstellenden Person (nur auszufüllen, wenn Sie den Antrag für Ihr Kind stellen)**

Familienname	Vorname		
Geburtsdatum	Geburtsort		
Geschlecht	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> divers		
Straße	Hausnummer	Postleitzahl	Ort
Land (falls nicht Deutschland)			
Telefonnummer	E-Mail-Adresse		
Staatsangehörigkeit			

**Angaben zur verstorbenen Person (nur bei Sterbefällen als hinterbliebene Person auszufüllen, ansonsten weiter auf S. 4 „Angaben zur Gewalttat“)**

Familienname	Geburtsname		
Vorname			
Geburtsdatum	Geschlecht	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> divers	
Letzter Wohnsitz/gewöhnlicher Aufenthalt		<input type="checkbox"/> in Deutschland <input type="checkbox"/> außerhalb von Deutschland	
Land (falls außerhalb von Deutschland):			
Straße	Hausnummer	Postleitzahl	Ort



Staatsangehörigkeit			
Sterbedatum	Sterbeort		
Todesursache			
Hat die verstorbene Person vor ihrem Tod soziale Entschädigungsleistungen bezogen?		<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
Verhältnis zur verstorbenen Person	<input type="checkbox"/> Witwen-/Witwerverhältnis <input type="checkbox"/> Kindschaftsverhältnis <input type="checkbox"/> Elternschaftsverhältnis <input type="checkbox"/> Sonstige:		
<b>Angaben zur Ehe (nur bei Auswahl „Witwen- oder Witwerverhältnis“ auszufüllen)</b>			
Datum der Eheschließung	Ort der Eheschließung		
Wurde die Ehe geschieden, aufgehoben oder für nichtig erklärt?		<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
Sind Sie nach dem Tod der verstorbenen Person noch weitere Ehen eingegangen?		<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
<b>Angaben für Waisen und Halbwaisen (nur bei Auswahl „Kindschaftsverhältnis“ auszufüllen)</b>			
Sind Sie durch den Sterbefall Waise oder Halbwaise geworden?		<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
Kindschaftsverhältnis zur verstorbenen Person		<input type="checkbox"/> Ehelich <input type="checkbox"/> Nichtehelich <input type="checkbox"/> Stiefkind <input type="checkbox"/> Pflegekind	
Familienname der gesetzlichen Vertretung	Vorname der gesetzlichen Vertretung		
<b>Angaben zum anderen Elternteil (nur bei Auswahl „Elternschaftsverhältnis“ auszufüllen)</b>			
Familienname	Vorname		
Straße	Hausnummer	Postleitzahl	Ort
Land (falls nicht Deutschland)			
Geburtsdatum	Geburtsort		
Staatsangehörigkeit			
<b>Weitere Ansprüche</b>			
Wurden oder werden aus Anlass des Todes bereits laufende oder einmalige Leistungen gewährt oder beantragt?		<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
Name der Behörde	Aktenzeichen/Geschäftszeichen		
Straße	Hausnummer	Postleitzahl	Ort



Haben Sie oder hatte die verstorbene Person Anspruch auf Rente nach versorgungsrechtlichen Bestimmungen?		<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
Name der Rentenversicherung		Aktenzeichen/Geschäftszeichen	
Straße		Hausnummer	Postleitzahl
		Ort	

**Angaben zur Gewalttat**

Tatzeit (Datum)		Tatzeit (Uhrzeit)
Tatzeitraum/-räume		
Tatort	<input type="checkbox"/> Private Wohnung/Haus <input type="checkbox"/> Arbeitsplatz Name und Anschrift des Arbeitgebers:  <input type="checkbox"/> Schule, Ausbildungs- oder Betreuungseinrichtung Name und Anschrift der Einrichtung:  <input type="checkbox"/> Auf dem Weg zum/vom Arbeitsplatz oder zur/von Schule, Ausbildungs- oder Betreuungseinrichtung <input type="checkbox"/> Sonstiger Geschehensort:	
Welche Personen waren bei der Tat anwesend? (Name/Anschrift soweit bekannt)	<input type="checkbox"/> Täterin(nen) oder Täter:  <input type="checkbox"/> Tatzeugin(nen) oder Tatzeuge(n):  <input type="checkbox"/> Ersthelferin(nen) oder Ersthelfer:  <input type="checkbox"/> Keine Person war anwesend	
	<input type="checkbox"/> Sonstige Tatbeteiligte: 1. 2. 3.	
Genaue Schilderung des Ablaufs der Gewalttat (ggf. Zusatzblatt auf S. 11 des Antrags nutzen)		



--	--

**Angaben zur Strafanzeige**

Wurde Strafanzeige erstattet?		<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Falls nein: Warum wurde keine Strafanzeige erstattet?			
Name der Polizeibehörde			
Straße	Hausnummer	Postleitzahl	Ort
Postfach			
Datum der Strafanzeige		Aktenzeichen/Geschäftszeichen	
Ist ein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren oder ein gerichtliches Verfahren durchgeführt oder eingeleitet worden?		<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Name der Behörde oder des Gerichts		Aktenzeichen/Geschäftszeichen des Verfahrens	
Straße	Hausnummer	Postleitzahl	Ort

**Angaben zu den gesundheitlichen Folgen der Gewalttat**

Zu welchen körperlichen oder seelischen Gesundheitsstörungen hat die Gewalttat geführt?			
Sind bereits 6 Monate seit der Gewalttat vergangen? (Hinweis: Nur dauerhafte Gesundheitsstörungen können berücksichtigt werden. Hierfür müssen die Gesundheitsstörungen mindestens 6 Monate nach dem schädigenden Ereignis weiterhin bestehen, § 5 SGB XIV).		<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Liegen die genannten körperlichen oder seelischen Gesundheitsstörungen heute noch vor?		<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein



Welche körperlichen oder seelischen Gesundheitsstörungen liegen heute noch vor?		
Wurden durch die Gewalttat am Körper getragene Hilfsmittel beschädigt?		<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Welche Hilfsmittel wurden durch die Gewalttat beschädigt?		
Bestanden vor dem schädigenden Ereignis bereits Gesundheitsstörungen?		<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Falls ja: Welche Gesundheitsstörungen bestanden bereits vor dem schädigenden Ereignis?		
Waren Sie wegen der bereits vor der Gewalttat bestehenden Gesundheitsstörungen in ärztlicher Behandlung?		<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Falls ja: Name und Anschrift der Praxis/Klinik (bitte Befunde mitschicken)		

## Angaben zur medizinischen Behandlung aufgrund der Gewalttat

Wichtiger Hinweis: Bitte senden Sie uns alle Ihnen vorliegenden Befund- und Behandlungsberichte mit, die in Zusammenhang mit der Gewalttat stehen. Hierdurch verkürzt sich die Verfahrensdauer.

Waren Sie wegen der Gesundheitsstörungen nach der Gewalttat in ärztlicher oder therapeutischer Behandlung?		<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Name der Klinik/Praxis und der ärztlichen Ansprechperson oder des Therapeuten/der Therapeutin			
Straße	Hausnummer	Postleitzahl	Ort
Behandlungszeitraum/-räume			
Name und Anschrift weiterer behandelnder Ärzte/Ärztinnen und Therapeuten/Therapeutinnen in Zusammenhang mit der Gewalttat			
1.			
2.			
3.			
4.			



Name und Anschrift der Hausärztin/des Hausarztes

Sämtliche Befunde und Arztberichte sind dem Antrag beigefügt  ja  nein

**Angaben zur Krankenversicherung**

Form der Krankenversicherung	<input type="checkbox"/> pflichtversichert <input type="checkbox"/> freiwillig versichert <input type="checkbox"/> familienversichert <input type="checkbox"/> privat versichert		
Name der Krankenkasse			
Straße	Hausnummer	Postleitzahl	Ort
Postfach		Mitgliedsnummer/Krankenversichertennummer	
Mitgliedschaft seit		Frühere Krankenkasse	

**Bankverbindung**

Kontoinhaber	IBAN
BIC	Geldinstitut

**Sonstige Angaben**

<b>Anspruch auf Leistungen gegenüber Dritten</b>			
Haben Sie wegen der hier angegebenen Gesundheitsschädigungen Anspruch auf Leistungen gegenüber Dritten angemeldet?			<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Falls ja: Von welcher weiteren Stelle oder Einrichtung haben Sie weitere Leistungen beantragt?	<input type="checkbox"/> Unfallversicherung <input type="checkbox"/> Krankenversicherung <input type="checkbox"/> Gesetzliche Rentenversicherung <input type="checkbox"/> Bundesagentur für Arbeit <input type="checkbox"/> Täterin oder Täter (Schadensersatz/Schmerzensgeld) <input type="checkbox"/> Ausländische Entschädigungssysteme <input type="checkbox"/> Jugendamt <input type="checkbox"/> Sozialamt <input type="checkbox"/> Sonstige Leistungsträger:		
Name der Stelle/Einrichtung		Aktenzeichen/Geschäftszeichen	
Straße	Hausnummer	Postleitzahl	Ort



<b>Angaben zur Behinderung</b>		
Wurde eine Behinderung oder Schwerbehinderung festgestellt?		<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Name der Behörde	Aktenzeichen	
<b>Antrag auf Versorgung</b>		
Haben Sie bereits einen Antrag auf Versorgung gestellt und beziehen gegebenenfalls Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG), Opferentschädigungsgesetz (OEG), Soldatenversorgungsgesetz (SVG), Zivildienstgesetz (ZDG), Infektionsschutzgesetz (IfSG), Häftlingshilfegesetz (HHG), Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG), Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) oder Vierzehnten Sozialgesetzbuch (SGB XIV)?		<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Falls ja, um was für einen Antrag bzw. Leistung handelt es sich?		
Name der Behörde	Aktenzeichen	
<b>Unterstützung bei der Antragstellung</b>		
Haben Sie Unterstützung bei der Antragstellung erhalten?		<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Wer hat Sie bei der Antragstellung unterstützt?		
<b>Hinweis zu weiteren Leistungen des SGB XIV</b>		
Unter bestimmten Voraussetzungen können noch weitere Ansprüche bestehen, insbesondere Ansprüche auf Leistungen zur Teilhabe (Kapitel 6 SGB XIV), Leistungen bei Pflegebedürftigkeit (Kapitel 7 SGB XIV) und auf besondere Leistungen im Einzelfall wie die Leistungen zum Lebensunterhalt (Kapitel 11). Das Versorgungsamt prüft, ob diese Ansprüche in Ihrem Fall bestehen könnten und nimmt ggf. Kontakt zu Ihnen auf, um weitere Unterlagen anzufordern und das weitere Vorgehen mit Ihnen abzustimmen. Bei Fragen zu den weiteren Leistungen des SGB XIV können Sie das Versorgungsamt jederzeit kontaktieren.		



## Erklärungen

Ich erkläre, dass die vorstehenden Angaben der Wahrheit entsprechen und sämtliche Angaben richtig und vollständig gemacht worden sind. Mir ist bekannt, dass wahrheitswidrige Angaben strafrechtlich verfolgt werden können und zu Unrecht empfangene Beträge zurückgezahlt werden müssen.	<input type="checkbox"/> Ja
--	-----------------------------

## Schweigepflichtentbindungserklärung

Soweit ich keine für die Anspruchsprüfung erforderlichen Unterlagen beifüge, wird die zuständige Behörde den Sachverhalt von Amts wegen aufklären.

Ich erkläre mich daher insbesondere mit der Beziehung folgender Unterlagen einverstanden: Polizeiliche Ermittlungsunterlagen, staatsanwaltschaftliche Ermittlungsakten, Gerichtsakten, Jugendamtsakten, erforderliche medizinische Unterlagen (insbesondere Untersuchungsbefunde, Befundberichte, Therapieberichte, Entlassungsberichte, Gutachten des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung oder Pflegeversicherung, Krankenunterlagen, und Röntgenbilder).

Die genannten Unterlagen können von den behandelnden Ärztinnen oder Ärzten, Psychologinnen oder Psychologen, Psychotherapeutinnen oder Psychotherapeuten, Krankenanstalten (auch privaten), Behörden, Gerichten und Sozialleistungsträgern sowie auch von privaten Kranken-, Pflege- und Unfallversicherungsunternehmen beigezogen werden, auch soweit sie von anderen Ärztinnen oder Ärzten oder anderen Stellen erstellt worden sind, allerdings nur in dem Umfang, wie sie Aufschluss über die geltend gemachten Tatbestände geben können.

Die Einverständniserklärung gilt für das mit diesem Antrag eingeleitete Verwaltungsverfahren, für ein sich gegebenenfalls anschließendes Überprüfungs- oder Widerspruchsverfahren sowie für das Verfahren zur Durchsetzung der auf das Land übergegangenen Schadensersatzansprüche. Sie bezieht sich auch auf die während des Verfahrens eintretenden Sachverhalte und angefertigten Unterlagen.

Ich entbinde die behandelnden und beteiligten Ärztinnen oder Ärzte, Psychologinnen oder Psychologen und Therapeutinnen oder Therapeuten insoweit von ihrer Schweigepflicht.

Stimmen Sie der Schweigepflichtentbindungserklärung zu?	<input type="checkbox"/> Ja
---	-----------------------------



**Ich habe Kenntnis, dass**

- die Behörde gemäß § 120 SGB XIV in Verbindung mit § 116 SGB X grundsätzlich verpflichtet ist, Schadensersatzansprüche gegen die Täterin / den Täter geltend zu machen. In diesem Zusammenhang muss sie die Täterin / der Täter frühzeitig von meiner Antragstellung in Kenntnis setzen. Sollte ich dies nicht wünschen, werde ich auf dem anliegenden Zusatzblatt die Gründe darstellen. Die Behörde wird dann prüfen, ob erhebliche Nachteile für mich zu befürchten sind und deshalb auf Schadensersatzansprüche verzichtet werden kann. Bei Minderjährigen kann die Gefährdung des Kindeswohls einen entsprechenden Grund bedeuten;
- meine Schadensersatzansprüche gegen die Täterin / den Täter mit Ausnahme von Schmerzensgeldansprüchen kraft Gesetz auf die zuständige Behörde übergehen und ich daher keine Vereinbarungen hierzu (z. B. Vergleiche) mit der Täterin / dem Täter oder deren Versicherungen treffen darf.

**Ich nehme zur Kenntnis, dass** die Daten über meine Gesundheit, die der zuständigen Behörde mit diesem Verfahren nach dem SGB XIV zugänglich gemacht worden sind,

- erfasst und gespeichert werden (§ 67c Zehntes Buch Sozialgesetzbuch - SGB X) und
- den Gutachterinnen und Gutachtern, die von der zuständigen Behörde mit der medizinischen Begutachtung beauftragt worden sind,
- den Hauptfürsorgestellen,
- den anderen Sozialleistungsträgern für deren eigene gesetzliche soziale Aufgabenwahrnehmung im Sinne des § 35 erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I)
- sowie den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit übermittelt werden dürfen.

Mir ist bekannt, dass ich der Übermittlung jederzeit formlos widersprechen kann (§ 69 Abs. 1 Nr. 1 und 2 in Verbindung mit § 76 Abs. 2 SGB X).

**Die jeweils gültigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen habe ich zur Kenntnis genommen.**

Ort, Datum:

Unterschrift der Antragstellerin/des Antragstellers bzw. der sorgeberechtigten (bei Minderjährigen unter 15 Jahren müssen beide Sorgeberechtigten unterschreiben), bevollmächtigten oder betreuenden Person:

.....  
Name, Vorname in Druckbuchstaben: .....



**Zusatzblatt** zum Antrag auf Leistungen nach dem SGB XIV von Frau/Herrn .....